

STELLUNGNAHME zum Antrag	Gremium:	57. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	21.01.2014 2013/0304 23 öffentlich Dez. 1
CDU-Gemeinderatsfraktion vom: 11.12.2013 eingegangen: 11.12.2013		
Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für europäische Fördermittel		

- Kurzfassung -

Die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag auf Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für die Akquisition europäischer Fördermittel bei der Stadtverwaltung zuzustimmen. Die zunehmende Komplexität der europäischen Förderpolitiken, die damit verbundene Vielzahl an Programmen und deren spezifische Antragserfordernisse rechtfertigen die Einrichtung einer zentralen und koordinierenden Stelle mit einer/einem Expertin/Experten für europäische Förderpolitiken und EU-Fördermittelantragstellung bei der Koordinierungsstelle für europäische und regionale Beziehungen der Stadt Karlsruhe (EURegKA). Eine Stellenneuschaffung ist nicht notwendig. Aufgrund des Weggangs eines Mitarbeiters der EURegKA zum 31.12.2013 kann die Wiederbesetzung gemäß einem entsprechend angepassten Stellenprofil erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:			
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/>	ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: alle		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Die Stadt Karlsruhe und ihre Gesellschaften beteiligen sich bereits an einer Vielzahl von EU-finanzierten Projekten. Auch die TechnologieRegion Karlsruhe beantragt und führt in zunehmendem Maße europäisch geförderte Projekte durch. Übersichten der abgeschlossenen, laufenden und geplanten EU-Projekte finden sich in den Europaberichten der Stadt Karlsruhe. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2020, die Internationalisierungsstrategie der Stadt und die Regionalentwicklungsstrategie der TechnologieRegion Karlsruhe geben zudem eine verstärkte europäische wie internationale Ausrichtung für Karlsruhe vor.

Mit der Grundsatzstrategie "Europa 2020" fokussieren die europäischen Politiken künftig auf ein "intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum". Die Schwerpunkte des Programms liegen in den Bereichen Beschäftigung, Forschung, Bildung, Armutsbekämpfung sowie Klima und Energie. In der aktuellen Förderperiode 2014 - 2020 werden diese Vorgaben durch eine Vielzahl an komplexen Programmen - mit jeweils spezifischen Antragserfordernissen, nicht zuletzt um einer "intelligenten Spezialisierung" der Regionen Vorschub zu leisten - mit erheblichen Mitteln ausgestattet. Gerade im Bereich Wirtschaft/Wissenschaft/Innovation, Bildung, Mobilität und Klimaschutz weisen die bisher erkennbaren Umsetzungsvorgaben der EU-Förderpolitiken eine erheblich gestiegene Relevanz für Karlsruhe auf. Hinzu kommt, dass die baden-württembergischen Strukturfondsmittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die Förderperiode 2014 - 2020 erhöht wurden und damit für Karlsruhe die Möglichkeit besteht, sich noch stärker in gemeinsamen Programmen mit den Partnern im Eurodistrict REGIO PAMINA und der Trinationalen Metropolregion Oberrhein zu engagieren.

Damit ergibt sich für Stadt und Region Karlsruhe die Chance auf eine strategische Neuausrichtung bei der Akquisition und Projektrealisierung durch europäische Haushaltsmittel. Aufgrund der in den letzten Jahren gestiegenen Komplexität und Erfordernissen bei Auswahl, Antragstellung und -administration ist die Einrichtung einer zentralen und koordinierenden Stelle mit einer/einem Expertin/Experten für europäische Förderpolitiken und EU-Fördermittelantragstellung sinnvoll, aber auch notwendig, um noch stärker als bisher operativ wie strategisch die Einwerbung von EU-Mitteln anzugehen.

Die Vorteile einer zentralen Anlaufstelle liegen darin, die für die Inhalte der Projekte weiterhin vollumfänglich verantwortlichen Einheiten im Rahmen des administrativen Managements der Förderanträge - d. h. in allen Phasen der Fördermittelbeantragung - zu unterstützen. Dazu gehören u. a.:

- die Mitarbeit an der Antragskonzeption,
- die Klärung von antragsspezifischen Formalien,
- die Prüfung auf Vollständigkeit der Antragsunterlagen,
- die regelkonforme Einreichung der Anträge und
- die Unterstützung bei der Projektabwicklung, dem Berichtswesen und der Rechnungsprüfung.

Durch diese Unterstützungsleistungen können sich die städtischen Fachämter und Gesellschaften primär auf die Antragsinhalte und die konkrete Projektabwicklung konzentrieren.

Neben dem administrativen Management der Förderanträge soll die zentrale Anlaufstelle bereits im Vorfeld konkreter Projektanträge eine systematische Sondierung des "Integrierten Stadtentwicklungskonzepts der Stadt Karlsruhe" vornehmen. Darüber hinaus sollen die strategischen Fachplanungen und damit einhergehend auch die thematische Schwerpunktsetzung im Hinblick auf die mögliche Nutzung der Förderung überprüft, darauf aufbauend Informationen aufbereitet und Vorschläge für mögliche Antragstellungen erarbeitet werden.

Mit Blick auf das derzeitige und das künftig zu erwartende Antragsaufkommen innerhalb der Stadtverwaltung ist mittelfristig zu evaluieren, in welchem Umfang die o. g. Serviceleistungen übernommen werden können. Daher ist von einer Ausweitung der Service- und Beratungsleistungen auf Initiativen, Vereine und Organisationen aus Karlsruhe und der Region zunächst abzusehen, zumal hierfür durch private wie auch öffentliche Büros und Einrichtungen im Bereich der EU-Fördermittelberatung ein Angebot besteht.

Darüber soll die zentrale Anlaufstelle durch Kontaktaufbau und strategische Vernetzung mit den im Bereich der EU-Fördermittelpolitik relevanten Akteuren eine weitere

Stärkung der Position Karlsruhes in der Europäischen Kommission in Brüssel wie auch in Baden-Württemberg und beim Bund erreicht werden.

Die Verortung der zentralen Anlaufstelle soll bei der Koordinierungsstelle für europäische und regionale Beziehungen der Stadt Karlsruhe (EURegKA) erfolgen. Hierfür spricht deren

- europäisch und international ausgerichtetes Aufgabenprofil,
- Querschnittstellung in der Stadtverwaltung,
- Wahrnehmung der Geschäftsstelle der TechnologieRegion Karlsruhe und enge regionale Vernetzung.

Eine Stellenneuschaffung ist nicht notwendig. Aufgrund des Weggangs eines Mitarbeiters der EURegKA zum 31.12.2013 kann die Wiederbesetzung gemäß einem entsprechend angepassten Stellenprofil erfolgen.